

OV Sonnenberg/Chemnitz
2016-05-16

Landesvorstand der Partei DIE LINKE Sachsen
per Mail

Liebe Genossinnen und Genossen,

in unserer Mitgliederversammlung am 9. Mai 2016 haben wir uns auf zwei Punkte konzentriert und die Debatte zu Anträgen an den Magdeburger Parteitag geführt.

Wir stimmen von ganzem Herzen dem Antrag „Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg“ zu und wünschen diesem die notwendige Aufmerksamkeit und Zustimmung durch die Delegierten des Parteitages.

Über die Initiative des Landesvorstandes Sachsen für den Antrag zur Trennung von Staat und Religion haben wir uns gefreut.

Wir meinen, zu diesem Problem und seiner gesellschaftlichen Bedeutung hat die LINKE bisher viel Zurückhaltung geübt. Die AG Christinnen und Christen war gleichfalls bescheiden mit öffentlichen Bekundungen zum Thema Laizismus.

Nunmehr, wie Phönix aus der Asche, wird dieses grundsätzliche und in der Gesellschaft weitreichende Problem thematisiert, ohne das es dafür eine notwendige innerparteiliche Debatte gegeben hat. Mal abgesehen davon, dass bisherige Äußerungen von Bodo Ramelow, mehr zu Irritationen geführt haben. Reaktionen aus den Landesverbänden Bayern und Hessen sowie von Oscar Lafontaine und den öffentlich geäußerten Standpunkt von Bodo Ramelow zur „Ewigkeitszusage“ belegen deutlich, dass der Antrag auf ein von uns bisher relativ unbearbeitetes Feld trifft.

Wir brauchen ganz dringend die öffentliche Diskussion zur Abkehr der Kirche vom Armuts- und Friedensideal des synoptischen Jesus. Denn dessen Ethik wurde nach dem Aufstieg zur Staatsreligion im 4. Jahrhundert ins Gegenteil verkehrt: Machtsucht und Gewalt prägten die Kirche, deren Weg konsequent über die jahrhundertelange Verfolgung von „Ketzern“ und Heiden bis zur Kooperation mit den europäischen Faschisten in Spanien, Italien und Deutschland sowie Kroatien führte. Dieser Sachverhalt liegt aber verschüttet im Bewusstsein der Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger. Das offenzulegen bedarf aber einer klugen und geduldigen Überzeugungsarbeit.

Wir brauchen um unser aller Freiheit und Unabhängigkeit von ideologischer Bevormundung sowie Dogmen Willen die Trennung von Staat und Religion. Es ist zwingend notwendig, über die Abschaffung des konfessionsgebundenen Religionsunterrichts in den Schulen zu diskutieren. Insoweit unterstützen wir uneingeschränkt die Ziele des Vorliegenden Antrages.

Dennoch sind wir der Auffassung, dass die Vorbereitung auf eine öffentliche Debatte völlig ungenügend und der Zeitpunkt falsch gewählt sind.

Es besteht die reale Gefahr, dass es dazu auf dem bevorstehende Parteitag zu einer innerparteilichen äußerst kontroversen Auseinandersetzung kommen wird und die mit dem Leitantrag vorgeschlagenen politischen Schwerpunkte künftiger Parteiarbeit überlagert werden und damit eine inhaltliche Entwertung erfolgt.

Die Außenwirkung, in diesem durch die Religionen nicht unwesentlich geprägten und

bestimmten Land, wird sicher eine verheerende sein.

Es besteht die reale Gefahr, dass nicht die Zielsetzungen des Antrages, sondern eine angebliche „Verunglimpfung“ des Glaubens in den Fokus gerückt wird.

Nochmals: Es ist ein Antrag mit einer richtigen Zielsetzung, aber zur falschen Zeit und am falschen Ort!

Wir bitten Euch herzlich: Bedenkt unsere Einwendungen und Argumentationen und zieht den Antrag zurück, setzt Euch zuerst für eine breite Debatte innerhalb der Partei und ohne Zeitdruck ein.

Mit herzlichen und solidarischen Grüßen

i.A. Raimon Brete
OV Sonnenberg/Chemnitz